



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

IX/112 - 17.5.54

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Mahnruf aus Kollerruhe	S. 1
Fragwürdige französische Kolonialpolitik	S. 3
Auswüchse des Elternrechtes	S. 5
Kanzler-Zurechtweisung der FDP	S. 7

## Noch mehr sozialer Wohnungsbau

R.D. Die Leistungen der Bundesrepublik im sozialen Wohnungsbau sind eines der beliebtesten Objekte, mit denen die Bundesregierung den sozialen Charakter ihrer Politik unter Beweis zu stellen sucht. Man verschweigt gern, daß es das Gesetz über den sozialen Wohnungsbau ohne die Initiative der Sozialdemokratie überhaupt nicht gäbe und daß die wenigen sozialen Merkmale dieses Gesetzes in scharfen Auseinandersetzungen mit den Koalitionsparteien von der Opposition im ersten Bundestag erkämpft worden mußten. Kommt hinzu, daß auch die Durchführung des sozialen Wohnungsbaues vorwiegend von Gemeinnützigen Genossenschaften, kommunalen Gesellschaften und insbesondere in solchen Kommunen gefördert wurden, die unter sozialdemokratischem Einfluß standen und stehen. Mit dieser Feststellung sollen die Leistungen anderer weltanschaulicher und politischer Gruppen weder angezweifelt noch etwa herabgesetzt werden, aber die Sozialdemokraten haben Anspruch darauf, auch ihre Leistung anerkannt zu sehen und sich gegen die Okkupation der Wohnbauerfolge durch Regierung und Koalition zu wehren.

Der Charakter des sozialen Wohnungsbaues wird nicht durch schmückende Beiworte, etwa Familienheim, familiengerecht usw. bestimmt, sondern zuerst einmal dadurch, daß gerade den sozial schwächeren Schichten ausreichender, moderner hygienischer Förderungen entsprechender Wohnraum zu erschwinglichen Mieten zur

Verfügung gestellt wird. Das derzeitige Wohnungsdefizit von noch immer vier Millionen Wohneinheiten in der Bundesrepublik ist die kritischste Aussage über noch immer vorherrschendes Barackenelend und untragbare Untermietverhältnisse mit allen sozialen, sittlichen und volkshygienischen Konsequenzen. Die Beseitigung dieses Elends darf nicht durch gesetzliche Bindungen an bestimmte Bautypen und Eigentumsformen blockiert werden, wie es zur Zeit die Vorlagen der CDU und der Regierung anstreben.

Auch die SPD-Politiker sprachen sich auf ihrer 4. kommunalpolitischen Tagung in Karlsruhe für Eigenheime dort aus, wo die Interessen durch eigene Leistungen den Erwerb rechtfertigen. Sie fordern aber noch für viele Jahre gesteigerten sozialen Wohnungsbau; gesteigert sowohl in seinem Gesamtumfang, wie in der Wohnungsgröße und Wohnqualität. Jährlich sollten mindestens 300000 solcher Wohnungen erstellt werden, vordringlich mit Familien mit einem Einkommen unter 500,- M monatlich und zu einem Mietpreis, der M 0,80 bis 1,10 pro qm nicht übersteigt. Dabei darf keinerlei Baukostenzuschuß oder Mietvorauszahlung etc. gefordert werden und die Wohnungen sind in ortsüblicher Normalausstattung zu erstellen. Die Entscheidung darüber, ob Mietwohnungen, Genossenschaftswohnungen, Eigenheime oder Kleinsiedlungen gebaut werden, muß allein vom Bedarf abhängig sein und darf nicht gesetzlichen Zwang unterliegen.

Mit diesen Forderungen setzen sich die Kommunalpolitiker der SPD mit den gleichen, heute wieder wirksamen Tendenzen auseinander, gegen die sie bei der Beratung des Gesetzes für den sozialen Wohnungsbau im ersten Bundestag bereits kämpfen mußten. Sie kämpfen gegen den Versuch der Regierungsparteien, auch das Wohnungswesen den Gesetzen des freien Marktes zu unterstellen. Bei der ungeheuren Wohnungsnot der Nachkriegszeit hätte es unter dem Marktmechanismus Erhard's nie einen sozialen Wohnungsbau gegeben und keine erschwinglichen Mieten. Dagegen einen guten Gewinn für alle Bauinteressenten, nach dem Muster jener, die noch heute versuchen, sich selbst privates Eigentum über die verlorenen Baukostenzuschüsse ihrer Mieter zu verschaffen. So hätte die Ausnutzung des Elends noch krassere Blüten getrieben. Das darf auch in der Zukunft nicht sein.

Soll der Mietpreis erschwinglich bleiben, so müssen Sparbeträge für den sozialen Wohnungsbau auch künftig steuerlich begünstigt bleiben. Ordentliche Etatmittel müssen ihn stützen und fördern und soweit der Bund auf Mittel des Kapitalmarktes verweist, muß er zur Erhaltung des Mietpreisaniveaus Zinszuschüsse gewähren. Hier müßten die Mieten der einkommensschwachen Bevölkerungskreise nicht anders behandelt werden, wie die Pflanzmittelpreise für die Landwirtschaft.

Das soziale Elend, insbesondere die Wohnungsnot unserer Tage, ist eine ständige Mahnung an die soziale Pflicht des Staates und seiner Regierung. Sie ist keine Grundlage für ein einwandfreies privates Geschäft. Die Opposition wird es sich angelegen sein lassen, dieser Mahnung überall dort gebührend Gehör zu verschaffen, wo man über privaten Interessen allzu gerne die soziale Pflicht vergißt.

+ + +

Zu wenig und vielleicht schon zu spät

G.S.-Paris, Mitte Mai

Wohl kaum je in der Geschichte Frankreichs standen die Behauptungen seiner führenden Staatsmänner in einem so offenen und tragischen Gegensatz zu den wirklichen Geschehnissen. Wie oft haben die Franzosen aus dem Munde zunächst de Gaulles, und dann Bidaults, vernommen, daß Frankreich nicht nur eine europäische, sondern eine Weltmacht sei, berufen, die westliche Zivilisation bis nach Afrika, Asien, ja Indien zu tragen.

Gegenwärtig findet in Paris eine französisch-indische Konferenz statt, in der über das Schicksal der französischen "Niederlassungen" entschieden werden soll. Obwohl im Jahre 1948 die Bevölkerung von Chandernagor sich fast einstimmig für den Anschluß an Indien entschieden hatte, weigerte sich die französische Regierung, daraus auch die Schlußfolgerungen für die vier weiteren Niederlassungen: Pondicherry, Mahe, Karikal und Yanam zu ziehen. Und dies, obwohl die einige zehntausend Köpfe zählende Bevölkerung dieser von Frankreich vor Jahrhunderten eroberten Enklaven mehr als einmal ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht hat, der Administration der Regierung Nehrus unterstellt zu werden; dies, obwohl Nehru sich mehrmals verpflichtet hat, nach dem Anschluß an Indien die geringen wirtschaftlichen und die kulturellen Interessen Frankreichs in diesen "Niederlassungen" zu wahren. Frankreich wird schließlich auf diese Enklaven verzichten müssen und wird bei der dortigen Bevölkerung seinen Kredit verloren haben.

Dieser Fall ist typisch für die gesamte französische Nachkriegspolitik in Afrika und Asien. Dien Bien Phu ist die Rechnung dafür, daß man nicht freiwillig und unter günstigen Bedingungen abgeben will, was historisch verloren ist. Frankreich konnte sich nie entschließen, die intelligente Politik nachzuahmen, die die britische Labourregierung gegenüber Indien betrieben hat.

In der Indochinadebatte im französischen Parlament berichtete ein Abgeordneter, daß die Franzosen in Marokko täglich Briefe erhalten, in denen sie lesen können: "Auch in Rabat und Casablanca werdet ihr bald euer Dien Bien Phu erleben!" Diese jetzt unheimlich klingende Drohung illustriert die Lage in Marokko in tragisch-richtiger Weise. Seit Monaten leben die Franzosen in Marokko in Grauen und Schrecken. Täglich werden zumindest zwei Attentate verzeichnet.

Auf diesen Terror folgte der Gegenterror. Täglich werden hunderte von Marokkanern verhaftet. Das Ergebnis ist, daß - nach Ansicht zahlreicher, sachverständiger Franzosen - sehr bald mit einer blutigen Aufstandsbewegung in Marokko zu rechnen sein wird. Statt durch eine intelligente Politik der Konzessionen und der Befriedigung der gerechten Ansprüche Marokkos ein Verhältnis der "friedlichen Koexistenz" zu schaffen, hat es die französische Politik erreicht, den Zwiespalt zwischen zwei Zivilisationen zu vertiefen und die ursprünglich an einem guten Verhältnis zu Frankreich interessierten Marokkaner in die Arme der Abenteuerpolitiker der arabischen Liga zu treiben.

Marokko ist für Frankreich unwiderbringlich verloren, auch wenn es noch Jahre oder Jahrzehnte formell unter französischer Herrschaft bleiben sollte. Ebenso auch Tunesien, das Frankreich am nächsten stand und in dem sich jetzt eine auf französischen Universitäten geschulte Elite mit Bedauern von einem Land abwendet, das nur solche Konzessionen gewährte, die ihm entrisen wurden.

Die letzte Diskussion im französischen Parlament hat gezeigt, daß sich eine wachsende Zahl von Abgeordneten über diese Tatsachen klar wird und damit innerhalb der französischen Bevölkerung eine Bewusstseinsveränderung einleitet, die der erste Schritt zu einer Politik sein könnte, die eventuell retten würde, was noch zu retten ist: Nämlich nicht irgendwelche Privilegien für eine hauchdünne Schicht, die in Tunesien, Marokko, Indochina den Theorien Malans anhängt, sondern eine kulturelle und mitunter zivilisatorische Leistung, die zu bleiben verdient.

Aber welcher Katastrophen wird es noch bedürfen, um die Staatsmänner Frankreichs zur Ein- und Umkehr zu bewegen? Ist die Katastrophe von Dien Bien Phu ein Warnsignal gewesen, das ausreichend sein wird, um in Frankreich eine revolutionäre Wendung der Politik einzuleiten? Wir wissen es nicht. Aber das Ende der "Weltmacht" Frankreich könnte zugleich das Ende der "europäischen Macht" Frankreich ankündigen... Wer zu viel fordert, dem wird am Ende nichts bleiben.

+ + +

Elternrecht in Theorie und Praxis

O.G. Die Rücksichtnahme auf das religiöse Empfinden Andersdenkender erfordert, daß ein Kind in der Schule nicht der Missionierung durch ein anderes Bekenntnis ausgesetzt wird. Nur auf diese Weise kann Toleranz wirklich geübt werden, sonst wird sie zum bloßen Lippenbekenntnis. Bei der heutigen konfessionellen Mischung in der Bundesrepublik, die durch das Einströmen der Vertriebenen gewaltig verstärkt worden ist, ist dieser Grundsatz nur dadurch zu verwirklichen, daß Gemeinschaftsschulen überall dort eingerichtet werden, wo die Voraussetzungen für eine Bekenntnisschule nicht vorliegen. Wie notwendig derartige Bestimmungen sind, zeigt die Statistik. In Niedersachsen, ohne Oldenburg, gibt es 3.811 Volksschulen, von ihnen werden lediglich 393, das sind 10,31 Prozent, entweder ausschließlich von evangelischen Kindern oder ausschließlich von katholischen Kindern besucht. Alle übrigen Volksschulen, das heißt 3.418 Schulen, das sind 89,69 Prozent, werden von Kindern verschiedener Bekenntnisse besucht.

In den übrigen deutschen Ländern liegen die Verhältnisse nicht anders. In Bayern zum Beispiel ist nach den Ausführungsbestimmungen zum bayerischen Schulorganisationsgesetz die Errichtung einer eigenen Schule für die Bekenntnisminderheit schon dann anzuordnen, wenn die Zahl der volksschulpflichtigen Kinder der Bekenntnisminderheit in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich 25 beträgt. Der Bildung von Zwergschulen ist also Tür und Tor geöffnet. Seit der Verabschiedung des Schulorganisationsgesetzes im Jahre 1950 hat sich in Bayern dadurch die Zahl der einklassigen ungeteilten Schulen von 906 auf 1.771, also um fast 100 Prozent, vermehrt. Demgegenüber ist die Zahl der zwei- bis siebenklassigen mehrteiligen Volksschulen von 4.955 auf 4.383 zurückgegangen. Die Zahl der acht- und mehrklassigen ausgebauten Volksschulen ist von 867 auf nur 731 gestiegen.

Dennoch konnte in Bayern nicht verhindert werden, daß eine große Zahl von Schülern des einen Bekenntnisses die Schule des anderen Bekenntnisses besuchen mußte. Laut Auskunft des bayerischen Kultusministeriums auf eine im Landtag gestellte Anfrage werden in Bayern von 5.104 katholischen Bekenntnisschulen nur 800, also 15,7 Prozent, ausschließlich von Schülern katholischen Bekenntnisses besucht. Von 1.583 evangelischen Bekenntnisschulen werden nur 172, also rund elf Prozent, ausschließlich von Schülern evangelischen Bekenntnisses

besucht. Nach dem bayerischen Schulorganisationsgesetz werden in Bekenntnisschulen Kinder eines bestimmten Bekenntnisses nach den Grundsätzen dieses Bekenntnisses unterrichtet und erzogen. Das bedeutet also, daß ein sehr großer Teil der Kinder der Missionierung durch das andere Bekenntnis in der öffentlichen Schule ausgesetzt ist. Starkes Anwachsen der Zwergschulen und Gewissenszwang für Lehrer und Schüler sind also die Ergebnisse derartiger gesetzlicher Regelungen.

Zu welch grotesken Auswüchsen das im einzelnen führt, möge noch ein Beispiel beleuchten.

In einer bayerischen Gemeinde gibt es eine 24klassige katholische und eine zweiklassige evangelische Bekenntnisschule. Ein evangelischer Vater wollte nur sein Kind in die vollausgebaute katholische Bekenntnisschule schicken, um ihm eine möglichst gute Ausbildung zukommen zu lassen, die es in der kleinen Zwergschule kaum gefunden hätte. Nach dem bayerischen Schulorganisationsgesetz ist ihm das jedoch verboten. Um sein Elternrecht dennoch durchzusetzen, meldete er sein Kind beim Standesamt aus dem evangelischen Bekenntnis ab und meldete das nunmehr konfessionslose Kind in der katholischen Bekenntnisschule an. Dies erlaubt ihm das bayerische Schulorganisationsgesetz, denn "für Kinder, die keinem der beiden christlichen Bekenntnisse angehören, steht den Erziehungsberechtigten die Wahl zwischen den beiden Bekenntnisschulen frei, wenn ihnen keine Gemeinschaftsschule zur Verfügung steht". Nachdem das "konfessionslose" Kind in der katholischen Bekenntnisschule aufgenommen worden war, meldete es der Vater zum evangelischen Religionsunterricht an. Auch das erlauben die bayerischen Gesetze !

"Ist es auch Wehnsinn, hat es doch Methode", kann man dann zu derartigen Gesetzen nur sagen, die die Eltern zu derartigen Manipulationen zwingen, um ihr feierlich verbrieftes Elternrecht durchzusetzen. Der niedersächsischen Regierung aber, die mit ihrem Schulgesetzentwurf verhindern will, daß solche Zustände auch in ihrem Lande Platz greifen, wird von katholischen Bischöfen bescheinigt, sie verletze das Recht und gefährde den Frieden im Volke. Mit Worten läßt es sich wahrlich trefflich streiten !

+ + +

Das Donnerwort des Kanzlers

(sp) Erst die Antwort des Bundeskanzlers auf die Frage eines Hamburger Journalisten nach den Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion, er, der Kanzler, halt die Aufnahme eines diplomatischen Kontaktes zwischen Bonn und Moskau in "absehbarer Zeit" für möglich, hat das Stichwort für zahlreiche Gerüchte und Kombinationen gegeben, die nun die Spalten der deutschen Presse füllen und in der Welt Stauen, Verwunderung und auch eine gewisse Schockwirkung auslösen - vor allem in Frankreich. Der Kanzler hat die Antwort gewiß nicht aus den Ärmeln geschüttelt. Viele Wochen vorher war ihr eine Unterredung des Bundeskanzlers mit dem außenpolitischen Experten der FDP, dem Bundestagsabgeordneten Dr. Pfleiderer, vorausgegangen. Es ist anzunehmen, daß Dr. Pfleiderer seine weitgehenden Pläne, wie die Reise deutscher Bundestagsabgeordneter nach Moskau, dem Kanzler vorgetragen hat und sich zumindest durch eine stillschweigende Zustimmung in seinem Vorhaben ermutigt fühlen mußte. Dies wiederum verleitete den Vorsitzenden der FDP, Dr. Dehler, aus seiner bisher geübten Reserve herauszutreten und nun offen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion zu verlagern, denn, um mit seinen eigenen Worten zu sprechen, "die Zeit ist gegen uns und gegen den Westen gelaufen".

Nun ist der Kanzler mit einer Schärfe von allen derartigen Vorstößen seines Koalitionspartners abgerückt, die den Verdacht aufkommen läßt, daß er die FDP nur vorprellen ließ, um sie dann vor der deutschen und Weltöffentlichkeit umso stärker im Zwiellicht erscheinen zu lassen. Der Kanzler vergißt nicht leicht. Offenbar hat er die Haltung der FDP bei der Abstimmung im Bundestag über den Würmeling-Etat nicht vergessen. Das wäre eine gewiß kleinliche Rache, immerhin stehen jedoch im größten Lande der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, die Landtagswahlen bevor, und die Freien Demokraten strengen sich mächtig an, verloren gegangenes Terrain wiederzugewinnen. Von der Rolle einer lautstarken Opposition innerhalb der Koalition versprechen sie sich Einbrüche in die CDU-Front, wobei ihnen zustatten kommt, daß sie als sozusagen diplomatische Wegbereiter eines gesteigerten Ost-Westhandels von vornherein mit kräftiger finanzieller Unterstützung bedeutender Industriekreise rechnen können. Das Donnerwort des Kanzlers, freilich nicht ohne alliiertes Drängen ausgesprochen, soll wohl

der FDE den Mut zu weiteren Aktionen in dieser Richtung nehmen.

Es mag sein, daß die FDE vor dieser brüsken Kanzlerzurechtweisung zu Kreuze geht und das Thema des Neudurchdenkens unseres Verhältnisses zur Sowjetunion, soweit es die so schicksalhafte Frage der deutschen Wiedervereinigung in Einheit und Freiheit berührt, wieder fallen läßt. Das kann und darf aber nicht für die deutsche Öffentlichkeit gelten. "Auch nur die Erörterung solcher Pläne in der Presse muß", heißt es im offiziellen Regierungsbulletin vom 15. Mai, "in einem kritischen Zeitpunkt der Entwicklung der Ost-Westspannung in Sowjetrußland den Eindruck erwecken, als ob nennenswerte deutsche Kreise bereits zu Annäherungsversuchen neigen". Das ist nichts anderes als ein Versuch, in der Öffentlichkeit die Diskussion über Lebensfragen des deutschen Volkes zu unterbinden, ein Versuch, dem von vornherein der Mißerfolg beschieden ist. Die Notwendigkeit, aus den festgefahrebenen Wegen der Adenauerschen Integrationspolitik zu neuer Sicht und neuer Startbahn zu gelangen, wird sich über alle taktischen Winkelzüge und über alle diffamierenden Unterstellungen hinweg früher oder später doch durchsetzen.

+ + +

Das Ostbüro der SPD teilt mit:

#### Streik in Wernigerode

Gegen die Verhaftung des Monteurs Junghans, den der Staatssicherheitsdienst wegen antikommunistischer Äußerungen verschleppt hatte, protestierte die Belegschaft der Ankerwickelerei im Elektromotorenwerk Wernigerode durch einen Streik. Am zweiten Streiktag wurde auf Antrag der SED-Betriebsorganisation kasernierte Volkspolizei gegen die Streikenden eingesetzt, die nach weiteren Verhaftungen und Androhung von Waffengewalt die Wiederaufnahme der Arbeit erzwang.

x

#### Verschärfung der Lebensmittelkrise

Die Versorgungskrise in der Sowjetzone hat sich weiter verschärft. Nach Anweisungen des Ernährungsministeriums dürfen pro Familie nur noch fünf Pfund Kartoffeln abgegeben werden, wobei die Kopfzahl der Familie keine Rolle spielt. In den sächsischen Betrieben wurde die Wochenration an Kartoffeln beim Werkessen auf 200 Gramm pro Mann gesenkt. Gleichzeitig erhielten die Werksküchen die Anweisung, den Verbrauch von Nahrungsmitteln um 25 Prozent zu senken. Die Mühlen müssen Weizen jetzt zu 50 und 70 Prozent ausmahlen, gegenüber früher nur 40 bis 60 Prozent.

---

Verantwortlich: Peter Rannau